



BMV startet Förderprogramm für Ladeinfrastruktur in Mehrparteienhäusern

Ute Pappelbaum

Das Bundesministerium für Verkehr (BMV) startet am 15. April 2026 das Förderprogramm „Ladeinfrastruktur in und an Mehrparteienhäusern“. Ziel ist es, den Ausbau privater und halböffentlicher Ladepunkte im Wohnungsbestand zu beschleunigen. Im Fokus stehen Stellplätze außerhalb des öffentlichen Straßenraums, deren Zahl auf rund 9 Millionen beziffert wird.

Damit richtet sich die Maßnahme auf einen Bereich, der bislang als infrastrukturelles Nadelöhr der Elektromobilität gilt. Adressiert werden insbesondere Wohnungseigentümergeinschaften (WEG), private Eigentümer von Mehrparteienhäusern sowie Unternehmen mit größeren Wohnungsbeständen zur Vermietung. Auch kleine und mittlere Unternehmen mit entsprechenden Immobilienportfolios gehören zur Zielgruppe. Die Förderung zielt damit auf jene Akteursgruppen, bei denen Investitionsentscheidungen regelmäßig durch kollektive Abstimmungsprozesse geprägt sind.

Fokus auf strukturelle Investitionshemmnisse

Der Gebäudebestand weist im Vergleich zu Einfamilienhäusern deutlich komplexere Voraussetzungen für den Ausbau von Ladeinfrastruktur auf. Technische Anforderungen wie Netzanschluss, Lastmanagement und bauliche Integration treffen auf

institutionelle Hürden, insbesondere innerhalb von Wohnungseigentümergeinschaften. Entscheidungen über Investitionen erfordern Mehrheitsbeschlüsse, während Nutzen und Kosten individuell verteilt sind. Diese Struktur führt in der Praxis zu verzögerten oder unterlassenen Investitionen. Ladeinfrastruktur wird damit weniger durch fehlende Technik begrenzt als durch institutionelle Rahmenbedingungen. Das Förderprogramm will an diesem Punkt ansetzen, indem es die finanziellen Einstiegshürden reduziert und damit Entscheidungsprozesse innerhalb der Eigentümerstrukturen beeinflusst.

Umsetzung über zentrale Akteure

Die inhaltliche Betreuung des Programms übernimmt die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur, die unter dem Dach der bundeseigenen NOW GmbH angesiedelt ist. Sie koordiniert seit 2020 die strategische Planung des Ladeinfrastrukturausbaus in Deutschland. Die Antragstellung und operative Abwicklung erfolgt

über den Projektträger PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC). Mit dieser Aufgabenteilung kombiniert das Programm staatliche Steuerung mit externer administrativer Umsetzung. Die Leitstelle fungiert als strategisches Zentrum, während PwC die operative Schnittstelle zu den Antragstellern bildet. Damit wird ein standardisiertes Verfahren etabliert, das auf Skalierbarkeit und administrative Effizienz ausgerichtet ist.

Bedeutung für den Ausbau der Ladeinfrastruktur

Mit der Fokussierung auf Mehrparteienhäuser verschiebt das BMV den Schwerpunkt des Fördergeschehens in einen bislang schwer erschließbaren Bereich. Während der Ausbau im öffentlichen Raum und bei privaten Einfamilienhäusern vergleichsweise dynamisch verlaufen ist, blieb der Gebäudebestand mit mehreren Nutzungseinheiten zurück. Die Maßnahme adressiert damit weniger ein technisches Defizit als ein strukturelles Problem der Investitionskoordination. Der Erfolg des Programms wird maßgeblich davon abhängen, in welchem Umfang es gelingt, Entscheidungsprozesse in Eigentümergemeinschaften zu beschleunigen und die Umsetzung technisch sowie organisatorisch zu standardisieren. Langfristig wird sich zeigen, ob die Förderung zu einer nachhaltigen Integration von Ladeinfrastruktur in den Wohnungsbestand führt oder ob die bestehenden institutionellen Hürden lediglich temporär überdeckt werden. Entscheidend ist, ob sich aus den geförderten Projekten stabile Betriebs- und Nutzungsmodelle entwickeln, die unabhängig von weiterer Förderung tragfähig sind.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949342/bmv-foerderprogramm-ladeinfrastruktur-mehrparteienhaeuser-start-2026/>